RZ · 31.08.2002

„Acker verkauft, Einnahmen und Steuern kassiert, nach uns die Sintflut." Diesen Eindruck hat ein Nackenheimer Leser zur Hochwasservorsorge der Gemeinden am Rhein.

Zynisch

Am Beispiel der letzten Nackenheimer Gemeinderatssitzung lässt sich exemplarisch zeigen, warum Hochwasservorsorge, trotz bestehenden Wissens um die Gefahr, auch bei uns am Rhein nicht funktioniert. Das Land erstellt Landesentwicklungspläne, Raumordnungspläne und finanziert Gutachten, doch solange diese Vorgaben für die Kommunen nur unverbindlich sind, kann sich jede Gemeinde mit Mehrheitsbeschluss darüber hinwegsetzen.

Spätestens seit dem Rheinhochwasser von 1988 muss jedem klar sein, dass beim Zusammentreffen einiger Umstände auch bei uns Wasserhöhen wie momentan im Elbeeinzugsgebiet erreicht werden. Trotzdem weist die Gemeinde Nackenheim mehrere Hektar Gewerbe- und Wohngebiete im hochwassergefährdeten Unterfeld aus. Auch die in diesem Gebiet herrschende Druck- und Grundwasserproblematk wird einfach ignoriert. Solange Dorfpolitiker nicht über den Rand der Gemeinde und den Zeitraum bis zur nächsten Kommunalwahl hinauszublicken, wird der nächste Haushaltsplan immer wichtiger sein, als die Notwendigkeit einer langfristigen Umweltvorsorge. Mit einem kleinen Hinweis im Bebauungsplan auf die hochwassergefährdete Lage schieben die Kommunen die Verantwortung den Bauherren zu.

Geradezu zynisch und menschenverachtend aber ist die Sichtweise des Nackenheimer Ortsbürgermeisters Bardo Kraus, der zur Begründung des neuen Baugebietes hinter dem Rheindamm argumentiert: „Wenn der Damm bricht, steht sowieso der halbe Ort im Wasser." Will er durch das neue Baugebiet die zukünftige Solidargemeinschaft der Hochwassergeschädigten noch um einige Mitglieder vergrößern? Solange solch eine Kirchturmpolitik in den Rheinanliegergemeinden vorherrscht, wird eine Hochwasservorsorge unmöglich sein. Hier ist das Land gefordert, das ein Bauverbot in den hochwassergefährdeten Bereichen aussprechen muss.

Frieder Stauder
Nackenheim

Briefe an die Redaktion !

Die an dieser Stelle veröffentlichten Briefe stellen stets die Meinung des jeweiligen Einsenders dar. Angesichts der Fülle von täglichen Einsendungen unserer Leser behalten wir uns in jedem Fall das Recht einer Kürzung vor. Die Zuschriften sollten die Länge von 25 Zeilen à 60 Anschläge keinesfalls überschreiten.

Die Redaktion.